

Eine kleine Denkübung

Afghanistan-Bilanz: „Keine falschen Schlüsse ziehen“, FR-Politik vom 7.10.

Für alle männlichen Friedensfreunde, die die Taliban auffordern, im Interesse der Bevölkerung zu handeln und bei Kommunikationsproblemen auf Mediation zurückzugreifen, eine kleine Phantasieübung: eine halbe Minute eine Gender-Umkehrung. Männer müssen in der Öffentlichkeit Burka tragen, dürfen nur in Begleitung weiblicher Familienangehöriger auf die Straße, dürfen nicht arbeiten, weder Schule noch Uni besuchen, haben keinen eigenen Namen, sondern den ihrer Mutter oder Ehefrau, werden bei Verdacht auf Ehebruch hingerichtet, während ihre Ehefrau ausgepeitscht wird, aber überleben darf. Vor der Hinrichtung kann gerne eine Mediatorin eingeschaltet werden.
Elke Weyel, Hamburg

Wäre das Geld nur anders genutzt worden!

Es hätte eines Paradigmenwechsels bedurft: Die Freiheit in Afghanistan hätte gerettet werden können, wären die Milliarden der Nato zum Aufbau einer hochqualifizierten Frauen-Armee, einer entsprechenden Frauen-Polizei sowie einer anti-korruptiven Frauen-Partei genutzt worden. Solche frauendominierten Strukturen wären der Ausgleich gewesen für Jahrhunderte religiös zementierter Gynophobie und Misogynie. Aber was sagte meine Mutter (Jahrgang 1920) seinerzeit: „Die Amis sind ja sooo naiv!“
Albrecht Thöne, Schwalmstadt

SORRY

Zum Artikel „Rechte Abgründe in Fretterode“ (13.10., S.5) haben wir einen Fehler in der Unterzeile gemacht. Da steht: „Prozess gegen NPD-Vize Heise wegen Hetzjagd offenbart enormes Desinteresse an Aufklärung“. Hier steht jedoch nicht Heise selbst vor Gericht. Der Prozess richtet sich gegen zwei Männer (darunter Heises Sohn), die in Heises Auto missliebige Journalisten gejagt haben sollen. Im Text stand es richtig.

Die erste antivirale Pille gegen Covid-19 könnte uns von der Impfdebatte befreien, die manche (siehe Zuschriften rechts) als lästig empfinden. Die Firma Merck ist auf dem Weg dahin. In unserem Artikel über das Medikament Molnupiravir („Kommt bald die erste Pille gegen Covid?“ v. 14.10., S.24) ist uns aber ein Fehler unterlaufen. Nicht 53 Prozent der Proband:innen mussten, einer Interimsanalyse zufolge, im Krankenhaus behandelt werden, sondern 53 Probandinnen und Probanden (14 Prozent) der Placebogruppe.

ZUSCHRIFTEN ONLINE

Alle Stimmen dieses Forums wurden auch online im FR-Blog veröffentlicht, der Fortsetzung des Print-Forums im Internet. Lesen Sie hier: frblog.de/lf-20211011



BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:
Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Faxen Sie an:
069 / 2199-3666

Mailen Sie an:
Bronski@fr.de oder
Forum@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihre Zuschrift auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zur Veröffentlichung zu kürzen.

FR ERLEBEN

Claus-Jürgen Göpfert spricht mit dem Politikwissenschaftler Frank Deppe über sein neues Buch „Sozialismus“. Anmeldungen: buero@club-voltaire.de
Zuganglink: <https://cvbb.galatis.de/b/clu-ca6-4te-tct>
Dienstag, 19. Oktober, 19 Uhr
Club Voltaire, Kleine Hochstraße 5, Frankfurt

Karin Dalka moderiert die Veranstaltung „Haltung zählt – Anspruch und Geschichte der Frankfurter Rundschau“. Ehemalige und aktuelle Redakteurinnen und -Redakteure blicken auf 75 Jahre FR. Mit Richard Meng, Thomas Kaspar, Wolf Gunter Brüggemann, Jutta Roitsch, Pitt von Bebenburg. Online unter fr.de/eventvideo. Anmeldung: fr.de/ueber-uns/anmeldung (Stichwort: Haltung). Die Teilnehmerzahl ist begrenzt.
Donnerstag, 21. Oktober, 19 Uhr
Haus am Dom, Domplatz 3, Frankfurt

Gerd Braune, FR-Korrespondent in Kanada, stellt sein neues Buch „Kanada – Ein Länderporträt“ vor und spricht auch über sein brisantes Buch „Indigene Völker in Kanada“. Anmeldung bis zum 17. Oktober an rheinmain@dkg-online.de. Eintritt ist frei, Teilnahme zu den 3G-Regeln.
Donnerstag, 21. Oktober, 19 Uhr
Frankfurter Presseclub, Ulmenstraße 20, Frankfurt

Thomas Kaspar diskutiert über die Frage „Gibt es eine digitale Seele?“ mit der Philosophin Catrin Misselhorn und den Autoren Moritz Riesewieck und Hans Block und erörtert die Grenzen künstlicher Intelligenz und die Möglichkeiten einer digitalen Ethik.
Freitag, 22. Oktober, 19 Uhr
Historisches Museum, Saalhof 1, Frankfurt

Kaum Fortschritte bei Steuerschlupflöchern

Pandora-Papers: „Es gibt viel zu ändern“ und „Für Sie gelesen: Nicht nachlassen“, FR-Meinung vom 5. und 6. Oktober

Nichthandeln müsste strafbar werden

Welch Überraschung! Nachdem schon mehrfach aufgedeckt wurde, dass Konzerne, reiche Privatleute und selbstverständlich Politiker die von der Politik geschaffenen Steuerschlupflöcher nutzen, um die Allgemeinheit um Steuereinnahmen zu betrügen, gibt es einen neuen Fall. Nach „Panama-“ und „Paradise-Papers“ hat nun ein mutiger Mensch Unterlagen von 14 Finanzdienstleistern dem internationalen Konsortium für investigative JournalistInnen zugespielt. Die Auswertung der mehr als 11,9 Mio. Dokumente zeigt, wie schon die Analyse der zuvor genannten Papers, dass Steueroasen und Briefkastenfirmen genutzt werden, um kriminelle Machenschaften zu verschleiern, Schwarzgeld zu waschen, Steuerzahlungen zu vermeiden und verdeckt Vermögen zu erwerben. Das ist alles altbekannt und teilweise, wenn man sich z.B. den Immobilienkauf von Tony Blair ansieht, der durch den Kauf mittels einer Briefkastenfirma 300 000 Pfund Grundsteuer gespart hat, nicht einmal strafbar.

Strafbar müsste eigentlich sein, dass Politiker nichts gegen solche Steuerschlupflöcher und Steueroasen unternehmen. Doch was macht die Politik? Der Vorstoß der EU, wenigstens einen Teil der Oasen auf eine schwarze Liste zu setzen, wird aktuell, quasi zeitgleich mit der Aufdeckung der „Pandora-Papers“, wieder verwässert. Von den geplanten zwölf Oasen wurden von den EU Finanzministern am 5.10.21 drei (Anguilla, Dominica,

Seychellen) von der Liste gestrichen. Passend zum Thema hat sich Irland wohl durchgesetzt und erreicht, dass der schon viel zu niedrig angesetzten Mindeststeuersatz von 15 Prozent nicht überschritten wird. Aus Mindeststeuer wird Maximalsteuer.

Die meisten deutschen Steuererzahler haben sicher eine höhere Steuerbelastung. Obwohl die öffentliche Hand für die Bewältigung der aktuellen Krisen (Klima, Artensterben, Corona ...) jede Menge Kapital benötigt, wird auf das Schließen der Steuerschlupflöcher verzichtet. Ob sich hier unter einem Finanzminister Lindner etwas ändern wird?
Dieter Murmann, Dietzenbach

Auch Sportmillionäre und andere Promis sind dabei

Die empörten Kommentare einiger zitierter Zeitungen machen deutlich, wie verbreitet Korruption und Steuerhinterziehung bei Mächtigen, Reichen bis hin zu Regierungschefs geworden ist! „Es zeigt sich das Bild einer moralisch erstaunlich verwahrlosten Politik-Elite. Es ist erschütternd, wie ungeniert die Mächtigen und Einflussreichen dieser Welt den eigenen Vorteil suchen.“ Dieses asoziale Verhalten einer verkommenen Politiker- und Reichenkaste macht total wütend! Auch Promis und Sportmillionäre gehören dazu!

Eine andere Zeitung schrieb: Klar werde, wie wenig Interesse weltweit politisch bestehen dürfte, diese Schlupflöcher zu schließen. 35 aktuelle und frühere Staats- oder Regierungschefs, mehr als 330 hochrangige Beamte/Politiker aus fast allen

Ländern fänden sich in den Unterlagen!

Wie konnte es zu solchen skandalösen Bereicherungen kommen? Vordergründig hängt dies hierzulande auch damit zusammen, dass es seit Gerhard Schröders Kanzlerschaft Praxis geworden ist, dass Wirtschafts- und Bankenlobby bei der Gesetzgebung nicht nur Einfluss nehmen, sondern sogar Gesetzestexte formulieren. Weltweit fördert die neoliberale, marktradikale Ideologie solches Verhalten. Die von Adam Smith stammende Theorie – dass, wenn ein jeder nur seinen eigenen Vorteil sucht, es dem Gemeinwesen nützt – setzt ja auf rücksichtsloses, egoistisches Verhalten. Die Grundlagen für Steueroasen und Briefkastenfirmen wurden schon durch Margret Thatcher und Ronald Reagan geschaffen.

Die Früchte dieser Politik werden längst auch bei uns geerntet – auch von Profiteuren aus Wirtschaft und Politik: Als Beispiel sei Philipp Amthor (CDU) genannt, der Politikeinsatz und Parteikarriere offensichtlich als Basis für persönliche Bereicherung ansieht. Ähnlich erschreckend ist, wenn viele, gerade junge Konservative einen Friedrich Merz zum Hoffnungsträger stilisieren: Einen Menschen, der durch seine Blackrock-Vergangenheit doch für Marktradikalismus, Ausbeutung und persönliche Profitintressen steht! Welche Zukunft lassen solche Leute erwarten, für die Solidarität ein Fremdwort ist? Ein Trauerspiel!

Winfried Kallabis, Dieburg

Diskussion: frblog.de/pandora

Das Leben der Mitmenschen

Impfpflicht: „Locken oder zwingen“, FR-Panorama vom 9.10., und zu den Reaktionen darauf im FR-Forum vom 12.10.

Wer sich nicht impfen lässt, handelt unsolidarisch

Allmählich geht es mir gehörig auf den Geist! Seit Wochen ergießt sich das immer gleiche Geschwurbel der Impfgegner/Impfverweigerer/Impfstoffverweigerer – oder wie auch immer sie sich selbst bezeichnen – über die Leserbriefseiten der FR. Über die zweigeteilte Gesellschaft, mangelnde Solidarität und die Beraubung ihrer persönlichen Freiheitsrechte wird ausführlich geklagt. Angesichts der Zahl von Zuschriften ähnlichen Inhalts scheint dabei eine Minderheit die Meinungsführerschaft anstreben zu wollen.

Glücklicherweise ist die Mehrzahl der Menschen geimpft. Nach wissenschaftlicher Überzeugung ist die Maximierung der Impfquote die einzige Möglichkeit, der Pandemie Herr zu werden. Von den Covid-Patienten auf den Intensivstationen unserer Kliniken sind 80 bis 90 Prozent Ungeimpfte. Die Freiheit des Einzelnen endet dort, wo die Freiheit des Anderen beginnt. Wer angesichts der weltweiten Situation eine Impfung ohne triftigen Grund verweigert, han-

delt zutiefst unsozial und unsolidarisch seinen Mitmenschen gegenüber. Denn diese müssen deshalb länger mit den Covid-Beschränkungen leben und werden dadurch in *ihren* Freiheitsrechten beschränkt, ohne dass sie etwas dagegen tun können.

Sich nicht impfen zu lassen ist nur eingeschränkt eine individuelle Entscheidung, denn sie betrifft am Ende alle Mitmenschen. Mit Verlaub: Der ständige Vergleich mit den ja auch akzeptierten individuellen Lebensentscheidungen bei Rauchern, Trinkern, Extremsportlern ist Bulls**t. Deren Entscheidungen tangieren nicht das Leben ihrer Mitmenschen.
Lothar Dahlke, Dreieich

Der Staat verhält sich übergriffig

Impfverweigerer müssen nun zahlen, und zwar weil diejenigen, die sich haben impfen lassen, nicht für Impfverweigerer und Querdenker mitbezahlen wollen. Ich kann das nicht nachvollziehen. Wir zahlen alle mit unseren Beiträgen den Drogensüchtigen die Ersatzdrogen, den Alkoholikern die Behandlung der Fettleber etc. So ist das nun mal in un-

serem System. Ich bin keine Querdenkerin und habe nichts dagegen, wenn Leute sich impfen lassen. Es müssen aber Zweifel erlaubt sein, wenn selbst angesehene Virologen sich nicht einig sind, Die einen raten vom Impfen ab und warnen vor den Folgen, die anderen drängen dazu. Was kann ein Mensch wie ich ohne jede Fachkompetenz tun? Ich kann mich an die Regeln halten, was ich auch tue. Ich lasse mich regelmäßig testen, trage Maske, wo es angezeigt ist, und beschränke meine Kontakte auf ein Minimum. Da ich aber mit Impfungen generell schlechte Erfahrungen gemacht habe, lasse ich mich nicht impfen. Das muss in einer Demokratie möglich sein.

Unsere Politiker beschränken unsere Bewegungsfreiheit und erheben stattliche Gebühren auf die Testung. Es ist Vorsicht angesagt, es geht hier um ein hohes Gut – die Demokratie. Nach allem, was sich der Staat diesbezüglich schon geleistet hat (Bankgeheimnis weg usw.), muss man fragen: Wann ist die ärztliche Schweigepflicht an der Reihe? Monika R.Berger, Neu-Isenburg

Diskussion: frblog.de/3g